

Papst stellt Synodendokument für Nahostkonferenz vor: Dialog mit Islam "Notwendigkeit"

Papst Benedikt XVI. hat zum Abschluss seiner Zypernreise das Arbeitspapier für die Bischofssynode über den Nahen Osten vorgestellt. Nach einer feierlichen Messe im Sportpalast von Nikosia mit rund 5.000 Gläubigen teilte er das rund 40-seitige Dokument an die anwesenden Patriarchen und Bischöfe aus dem Nahen Osten aus. Zuvor gedachte der Papst des ermordeten Vorsitzenden der Türkischen Bischofskonferenz, Bischof Luigi Padovese, der zur Vorbereitung der Synode beigetragen habe.

In dem Dokument geht es um die Hilfe für die Christen im Nahen Osten, den interreligiösen Dialog mit Muslimen und Juden, den palästinensisch-israelischen Konflikt sowie die Ökumene mit den Ostkirchen. Die Bischofssynode über den Nahen Osten findet im Oktober in Rom statt.

Die Kirche wolle die Christen in der Region in ihrer Identität "bestätigen und stärken", heißt es im Arbeitspapier. Das von der Vorbereitungskommission für die Synode erstellte Dokument warnt vor einer weiteren Abwanderung der Christen aus dem Nahen Osten. Diese seien mit ihren 2.000-jährigen geistlichen und kulturellen Traditionen als "wesentlicher Teil dieser Region" unverzichtbar. Die Kirche müsse die Christen in mehrheitlich muslimischen Gesellschaften verstärkt unterstützen, um ihre Existenz zu sichern. Gleiches gelte auch für die Christen im Staat Israel.

Als "einen Hauptgrund" für die Abwanderung von Christen aus der Region nennt das rund 40-seitige "Instrumentum Laboris" das Desinteresse der internationalen Gemeinschaft gegenüber dem Schicksal dieser Gruppe. Zugleich fordern die Bischöfe die Christen im Nahen Osten auf, nicht in eine "Ghetto-Mentalität" zu verfallen und sich nicht aus dem öffentlichen Leben zurückzuziehen.

Nein zu theokratischen Regierungsformen

Die Bischöfe rufen die Katholiken im Nahen Osten auf, für eine "positive Laizität" und Demokratie sowie gegen theokratische Regierungsformen einzutreten. Die Rolle der Religion im öffentlichen Leben müsse anerkannt werden und gleichzeitig

eine vollständige Trennung von religiösen und staatlichen Vorschriften gewährleistet sein. Ziel müsse es sein, eine größere Gleichheit zwischen den Bürgern verschiedener Religionen herzustellen.

Religionsfreiheit und Menschenrechte

Ein weiteres zentrales Anliegen der Bischofssynode ist das Gespräch mit dem Islam. "Der interreligiöse und interkulturelle Dialog zwischen Christen und Muslimen kann nicht auf ein 'optionales Extra' beschränkt werden. Er ist eine vitale Notwendigkeit, von der im großen Maße unsere Zukunft abhängt", zitieren die Leitlinien Papst Benedikt XVI. Die Beziehungen zwischen Muslimen und Christen gestalteten sich jedoch oft schwierig, weil jene nicht zwischen Religion und Politik unterscheiden. Christen würden oft nicht als gleichberechtigte Bürger betrachtet.

Als "Schlüssel für ein harmonisches Zusammenleben" zwischen den Gläubigen beider Religionen bezeichnet das Dokument die Anerkennung von Religionsfreiheit und Menschenrechten. Christen und Muslime müssten gemeinsam für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Menschenrechte eintreten.

Ökumenischer Dialog mit den Ostkirchen

Die katholische Kirche wolle die Gemeinschaft mit den Kirchen eigenen Rechts "beleben", um ein "eindrückliches, attraktives und freudiges Zeugnis" christlichen Lebens im Nahen Osten zu geben, heißt es in dem Papier. Zudem weisen die Autoren darauf hin, dass die Abspaltung der nichtbyzantinischen Ostkirchen im 5. Jahrhundert vor allem "politisch-kulturelle" Gründe gehabt hätte.

Neben Abwanderung, Geburtenrückgang und Zeitgeist machen die Leitlinien auch innerkirchliche Gründe für die schwierige Lage der Christen im Nahen Osten verantwortlich. Eine "mangelnde Einigkeit" im Klerus sowie eine unzureichende Ausbildung von Priestern und Ordenleuten trügen ebenfalls zu dieser Krise bei, heißt es darin. Zudem sei das kontemplative Leben in der Mehrheit der Ordensniederlassungen "erkennbar abwesend".

Nikosia, 06.06.10 (KAP)